

# Sachstandsbericht

- öffentlich -

---

**Drucksache: SB-22/2018 11. Ergänzung**

**Fachbereich: Städtische Gremien / Organisation**

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	13.06.2019

---

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 20.08.2017 - betr. Jugend beteiligen**

### **a) Erläuterung:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wurde in der Stadtverordnetensitzung am 7. September 2017 beraten.

Der Beschluss lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Antrag zur Beratung in den Ausschuss Kinder, Jugend Soziales und Integration zu verweisen.

Der derzeitige Sachstand ist:

In der Sitzung am 29. November 2017 wurde die sogenannte „Digitale Jugendbeteiligung“ vorgestellt, die nach Meinung des Ausschusses ein zukunftsweisendes Modell ist und deren Umsetzung und Anwendung in Homberg von der Jugendpflege weiter verfolgt werden sollte. Über die technische und praktische Umsetzung soll im Ausschuss weiter berichtet werden.

Die Arbeitsgemeinschaft aus Jugendpflegern des Schwalm-Eder-Kreises und dem Jugendbildungswerk des Kreises haben sich mehrfach getroffen um die Ergebnisse der Klausurtagung in Form eines Positionspapiers zusammenzufassen. Dieses Positionspapier soll in der Sitzung des Arbeitskreises kommunale Jugendarbeit im Schwalm-Eder-Kreis (KomJuSEK) am 11. April 2018 final bearbeitet werden.

Nach anschließender Prüfung durch die Amtsleitung des Kreisjugendamtes wird das Positionspapier durch das Jugendamt den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Zudem findet am 06. Juni 2018, organisiert durch das Jugendamt in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), ein Fachtag zum Thema digitale Jugendbeteiligung statt, an dem auch die Stadtjugendpflege Homberg teilnehmen wird. Hier werden Möglichkeiten und Tools der digitalen Beteiligung im Sinne der Lebensweltorientierung in theoretischer und praktischer Form vorgestellt und erörtert.

Am 06.06.2016 nahmen Frau Marquardt und Herr Schmitt an der Fortbildung „Digitale Beteiligung“ organisiert durch die Kreisjugendpflege und dem Jugendbildungswerk des Schwalm-Eder-Kreises teil.

Themen der Fortbildung waren:

Mediennutzung von Jugendlichen

Beteiligungsformen im Allgemeinen

Digitale Beteiligungsformen und –Projekte

Datenschutz

Praktischer Test verschiedener digitaler Plattformen.

Im praktischen Teil wurden digitale Tools, die Voting-, Kommentierungs- und Pinnwandfunktionen ermöglichen, vorgestellt und ausprobiert. Es handelte sich dabei um Free- und Sharesoftware, die im Hinblick auf den Datenschutz und die damit verbundene Nutzung von Daten durch Dritte eher kritisch zu sehen sind.

Zunächst soll daher in gruppenbezogenen Angeboten der Jugendpflegen im Schwalm-Eder-Kreis Jugendlichen verschiedene digitale Tools zur Beteiligung vorgestellt und die Möglichkeiten der Nutzung mit den Betroffenen gemeinsam erörtert werden.

Der Arbeitskreis Kommunale Jugendarbeit Schwalm Eder (Komjusek) möchte die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse dazu nutzen, um passgenaue, datenschutzkonforme sowie Administrierbare Plattformen und / oder digitale Tools womöglich gemeinsam zu erwerben oder einige mögliche kostenfreie Tools zu nutzen.

Bei einem Gespräch mit der Stadtjugendpflege und Herrn Herz vom Planungsbüro foundation 5+ ist über die Situation von Jugendlichen in der Öffentlichkeit und dabei über die Möglichkeiten der Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung von öffentlichen Plätzen im Rahmen des Projektes „Zukunft Stadtgrün“ gesprochen worden. Man hat gemeinsam über Vorgehensweisen beraten und seitens der Stadtjugendpflege ist der Vorschlag gemacht worden, Jugendlichen das Projekt mittels digitaler Tools zugänglich zu machen, da Öffentlichkeitsveranstaltungen hierfür weniger geeignet erscheinen. Herr Herz hat diese Vorgehensweise zugesagt und er wolle prüfen, ob dieses mit seinem Planungsbüro umsetzbar sei.

So könnte erprobt werden, wie digitale Plattformen und / oder Tools auch über das Projekt hinaus einsetzbar sind, um Jugendliche zukünftig an politische Willensbildungsprozessen zu beteiligen und um so der durch den technischen Fortschritt verbunden veränderten Lebenswirklichkeit junger Menschen Rechnung zu tragen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend, Soziales und Integration hat in seiner 16. Sitzung der Leg. - Periode 2016/2021 am 22.10.2018 das Thema:

Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ für das Fördergebiet Burgberg mit angrenzenden Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Stadtpark;  
hier: Beteiligung von Jugendlichen

als Tagesordnungspunkt 2. behandelt. (vgl. Öffentliche Niederschrift der Sitzung)

Im Zuge der Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts für das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ zeichnet sich ab, dass verschiedene Projekte, die unmittelbar die Interessen von Jugendlichen tangieren könnten, vorgeschlagen werden. Aus diesem Grund wurde über geeignete Partizipationsformate und über bereits stattgefundene Beteiligungsprozesse in der Ausschusssitzung gesprochen:

Die Herrmann-Schafft Schule ist am Projektprozess beteiligt um einen Lerngarten und Naturlehrpfad zu realisieren, erste Maßnahme war hier die Aufstellung von Bienenstöcken auf einem Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft der Schule.

Die Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule ist ebenso am Prozess beteiligt. Auch hier geht es um die Realisierung von außerschulischen Lernorten. Im Wahlunterricht „Energie“ wurde „Zukunft Stadtgrün“ vorgestellt. Eine Gruppe Schüler möchte im Rahmen dessen ein „Forschungszentrum“ beplanen. Hierfür könnte sich ein alter Bauwagen eignen, der im Verfahrensgebiet aufgestellt werden könnte. An diesem Projektprozess beteiligt sich neben den genannten auch die Erich Kästner Schule. Aber auch Grundschulen könnten hier noch eingebunden werden.

Kinder und Jugendliche lassen sich womöglich eher für die Teilnahme an Projektmaßnahmen wie diese begeistern als für formale Beteiligungsmodelle, da Projekte zeitlich überschaubarer und besser umsetzbar sind. Insbesondere unter Einbeziehung der Schulen könnte ein solcher projektorientierter Ansatz ein erfolversprechender Weg im Sinne der Partizipation junger Menschen sein.

Um projektorientierte Jugendbeteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ als Beteiligungs- und Informationsmultiplikator

begleiten zu können, möchte die Stadtjugendpflege der Einladung zur Mitgliedschaft der lokalen Partnerschaft für das Förderprogramm nachkommen.

In der Stadtverordnetensitzung am 31.01.2019 hat die Stadtverordnetenversammlung unter TOP 2, 2.1.c die Zusammensetzung der lokalen Partnerschaft für das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ beschlossen. Somit wird sich die Stadtjugendpflege im vorgenannten Sinne in dieses Gremium einbringen.

Die lokale Partnerschaft für das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ hat am 27. März 2019 erstmalig getagt. Hier wurde die Wichtigkeit der Einbindung Jugendlicher in vorgesehenen Maßnahmen herausgestellt und projektorientierte Partizipationsprozesse sollen sich demzufolge in der weiteren Vorgehensweise widerspiegeln. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens für das Projektmanagement können diesbezügliche Projekte konkretisiert werden.

Gemäß Niederschrift des Ausschusses Kinder, Jugend, Soziales und Integration vom 13. März 2019 wird der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen zum Thema beraten.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend, Soziales und Integration hat in seiner 18. Sitzung am 20. Mai 2019 das Thema unter Tagesordnungspunkt 4. unter Einbeziehung des Tagesordnungspunkts 5. (Antrag der SPD-Fraktion vom 26. Juni 2018 betr. Schaffen von "Chill Out-Zonen" im Stadtgebiet VL-166/2018 7.Ergänzung.) behandelt.

Hierzu haben die städtischen Bediensteten der Jugendpflegen einen Vorschlag zur projektorientierten, digital gestützten Jugendbeteiligung bezogen auf das Programm „Zukunft Stadtgrün“ am Beispiel „Schaffen von Chill-Out-Zonen“ erarbeitet und stellten dieses den Ausschussmitglieder vor.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend, Soziales und Integration hat dazu nachfolgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss Kinder, Jugend, Soziales und Integration nimmt die Präsentation der Stadtjugendpflege zu Kenntnis und bittet diese, das Projekt mobile digitale Beteiligung im Rahmen von „Zukunft Stadtgrün“ weiter zu verfolgen. Auch soll das Thema der „Chill-Out-Zonen“ dort Berücksichtigung finden.

Die Stadtjugendpflege steht hierfür mit der Bauverwaltung, Frau Pankratz, in stetem Austausch. Die vorgestellte im Ausschuss vorgestellte Form der Beteiligung junger Menschen am städtebaulichen Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ wurde mit Frau Pankratz besprochen. Dem zu Folge ist zur Realisierung des Vorschlages die Einbeziehung des Planungsbüros, welches das Fördergebietsmanagement übernehmen wird, vorgesehen, um Fragen der Finanzierung und Umsetzung konkretisieren zu können. Das Vergabeverfahren diesbezüglich ist noch nicht abgeschlossen.

(vgl. Öffentl. Niederschrift 18. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend, Soziales und Integration am 20.05.2019, TOP 4 und 5)